

Zu meiner Person

Ich, Peter Dunkel, Jahrgang 1942, verheiratet, zwei Kinder, drei Enkelkinder bin von Beruf Mess- und Regelungstechniker. Ich arbeitete als Messtechniker und Mitarbeiter in der Gewerkschaftsleitung des VEB IFA Automobilwerke Ludwigsfelde und war von 1994–2007 technischer Wohnungsverwalter der Wohnungsgesellschaft Ludwigsfelde mbH »Märkische Heimat«.

Seit 2007 bin ich im gesetzlichen Ruhestand. Als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, des Aufsichtsrates der Stadtwerke und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ludwigsfelde engagiere ich mich kommunalpolitisch seit 1990; seit 2003 auch als Abgeordneter des Kreistages Teltow-Fläming. Mein Engagement in der Kommunalpolitik ist sozial geprägt.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis 1

Peter Dunkel, Angelika Linke, Dr. Irene Pacholik, Klaus Hubrig, Silvio Pape, Anton Gorisek, Erika Dahlke, Martin Umlauf, Marlies Dominok, Rosegret Semt

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

neben dem Versuch, die schreiende soziale Ungerechtigkeit in unserer Region zu lindern, ist unser Wahlprogramm auf viele Fragen und Probleme ausgerichtet, die die Bürger bewegen. Dazu stehe ich Ihnen gern Rede und Antwort. Fragen Sie mich!

Bitte gehen Sie wählen und stimmen Sie für eine sozial gerechte, ehrliche und bürgernahe Kommunalpolitik.

Dafür will ich mich einsetzen, dafür werbe ich um Ihre Stimme.

Ihr



Kontakt:
Peter Dunkel
Telefon privat: 03378/80 18 31

DIE LINKE. Brandenburg
Bürgerbüro
A.-Tanneur-Straße 17
14974 Ludwigsfelde
Telefon/Fax: 03378/51 06 53



Original Sozial

Peter Dunkel:

Für eine bürgernahe Politik
im Landkreis Teltow-Fläming.

DIE LINKE.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

es gibt viele gute Gründe, Ihre Stimme der LINKEN zu geben. Einige haben wir in unserem Kreiswahlprogramm zusammengefasst. Wir denken, dass ein Politikwechsel dringend erforderlich ist. Er ist mehr als lediglich ein Machtwechsel. Wir wollen eine Politik, die uns Bürgern eine bessere, eine gerechtere Teilhabe an Staat und Gesellschaft ermöglicht. Wir konzentrieren uns hierbei auf:

Menschenwürdige Arbeit hat Priorität

DIE LINKE fordert seit langem einen Mindestlohn, weil Dumpinglöhne sittenwidrig sind und zu Altersarmut führen. Auch fehlt Kaufkraft, was Handwerker und Dienstleister deutlich spüren. Die in der Region ansässigen Unternehmen müssen stärker an den öffentlichen Investitionen unseres Kreises teilhaben. Kommunale Unternehmen bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Energie muss bezahlbar sein.

Bildung ist die zentrale Schlüsselaufgabe

Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbst-

bestimmt entwickeln können. Deshalb ist uns eine Bildung für alle – und zwar von Anfang an – besonders wichtig.

Wir setzen uns ein für mehr Qualität in der Bildung, den Kita-Platz für jedes Kind und das beitragsfreie Vorschuljahr. Die beste Familienpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. DIE LINKE steht für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebotes – auch im ländlichen Raum. Wir sind für Beitragsfreiheit bei Mittagessen wie Schülerbeförderung und wollen das Sozialticket und den Einschulungszuschuss auch zukünftig sichern.

Die Kürzung der Schulsozialarbeiter-Stellen muss das Land zurücknehmen, auch Jugendarbeit darf nicht weiter eingeschränkt werden. Die Teilhabe an kultureller Bildung wie Bibliotheken ist für uns Teil sozialer Grundversorgung.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben führen, gehören für uns zusammen. Deshalb sind gleichwertige Lebensverhältnisse für DIE LINKE das übergeordnete Ziel der Kreisentwicklung. Standards des öffentlichen Gesundheitswesens dürfen nicht abgebaut werden.

Gesichert sein muss eine gut erreichbare haus- und fachärztliche Behandlung. Der Zugang zu Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir brauchen eine Kommunalpolitik, die mit Senioren für Senioren gemacht wird. Dazu sind Seniorenbeiräte überall notwendig. Mobilität darf nicht eingeschränkt, sondern der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden.

Rechtsstaat und Sozialstaat sind zwei Seiten einer Medaille. Die Rechtsordnung muss der Verwirklichung der Freiheitsrechte wie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Wir wenden uns gegen eine Rechtspraxis, die sich zugunsten der ökonomisch Starken und zu Lasten der Schwachen auswirkt.

Wir brauchen eine transparente, bürger-nahe und moderne Verwaltung

DIE LINKE steht für eine moderne Verwaltung die eine bürger- und unternehmensfreundliche Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantiert. Es geht um eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.